

Regierungsratsbeschluss

vom 17. September 2013

Nr. 2013/1707

Bildung einer Arbeitsgruppe zur Entwicklung eines Vorschlags zur Finanzierung und Kostentragung bei Altlasten-Sanierungen von Schiessanlagen

1. Erwägungen

Die Altlasten-Sanierung von Schiessanlagen wird in den nächsten Jahren im Kanton Solothurn für zahlreiche Schiessvereine, Einwohner- und Bürgergemeinden und kantonale Behörden eine herausfordernde Thematik werden. Damit verbunden sind erhebliche Kosten. Die Tragung dieser Kosten hat gemäss Umweltschutzrecht grundsätzlich nach dem Verursacherprinzip zu erfolgen. Im Spezialfall der Schiessanlagen wird die Anwendung des Verursacherprinzips aber meist sehr kompliziert und langwierig sein und in vielen Fällen nicht zu befriedigenden Lösungen führen. Das Bau- und Justizdepartement wurde deshalb von verschiedenen Seiten gebeten, ein Konzept für eine pauschale Finanzierung und Kostentragung zu finden.

Aus diesen Gründen wird eine paritätische Arbeitsgruppe gebildet, welche voraussichtlich innerhalb eines Jahres einen Vorschlag für eine pauschale Finanzierung und Kostentragung erstellt und dem Regierungsrat ein Lösungsvorschlag zum weiteren Vorgehen und zur Finanzierung der Altlasten – Sanierung von Schiessanlagen unterbreitet.

2. Beschluss

2.1 Es wird eine Arbeitsgruppe „Sanierung von Schiessanlagen“ eingesetzt. Die Arbeitsgruppe wird beauftragt, einen Vorschlag für die pauschale Finanzierung und Kostentragung im Sinne der Erwägungen zu erarbeiten.

2.2 Als Mitglieder werden gewählt:

- Anton Probst, Gemeindepräsident Einwohnergemeinde Bellach für den Verband Solothurner Einwohnergemeinden VSEG
- Konrad Imbach, Präsident Bürgergemeinden und Waldeigentümer Verband Kanton Solothurn BWSO
- Heinz Hammer, Präsident Solothurner Schiesssportverband SOSV
- Heinz Eng, Eidg. Schiessoffizier des Kantons Solothurn
- Diego Ochsner, Chef Amt für Militär und Bevölkerungsschutz (von Amtes wegen)
- Stefan Bader, Controller, Amt für Finanzen (von Amtes wegen)
- Werner Wehrli, Leiter Abteilung Strukturverbesserung, Amt für Landwirtschaft (von Amtes wegen)

- Christine Tschan Steffen, Rechtsanwältin, Rechtsdienst Bau- und Justizdepartement (von Amtes wegen)
- Martin Brehmer, Leiter Abteilung Boden, Amt für Umwelt (von Amtes wegen), Vorsitz
- Stephan Margreth, Mitarbeiter Fachstelle Bodenschutz, Amt für Umwelt (von Amtes wegen)

2.3 Die Entschädigung der Mitglieder, welche nicht von Amtes wegen gewählt sind, richtet sich nach der Verordnung über die Sitzungsgelder und die Sitzungspauschalen vom 23. September 2002 (BGS 126.511.31).



Andreas Eng
Staatsschreiber

Verteiler

Bau- und Justizdepartement
 Bau- und Justizdepartement (br)
 Amt für Umwelt (wue)
 Amt für Raumplanung
 Finanzdepartement
 Amt für Finanzen
 Kantonale Finanzkontrolle
 Kantonaes Personalamt
 Volkswirtschaftsdepartement
 Amt für Militär und Bevölkerungsschutz
 Amt für Landwirtschaft
 Departement des Innern
 Staatskanzlei (2; Stu, Ste)
 Mitglieder der Arbeitsgruppe (10; Versand durch Amt für Umwelt)